

Annonce  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.  
Hamburg, Leipzig, München  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Parke & Co. —  
Hansensteine & Vogler, —  
Rudolph Wosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank.“

# Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Nr. 29.

Donnerstag, 13. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1876.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierzehn Pfennige für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 12. Januar.

Herr Joachim Gehlsen, der Redakteur der deutschen Eisenbahnenzeitung, hat nach der „Fifl. Ztg.“ eine Immediatvorstellung an den Kaiser wegen der Affaire der Verwaltung der rumänischen Eisenbahngesellschaft gerichtet, bezüglich welcher gegen ihn bekanntlich ein Prozeß wegen Verleumdung der Herren von Hansmann, Bleichröder und Miquel schreibt.

Am 12. d. J., wie telegraphisch gemeldet, der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten eine Sitzung gehalten, um über die Voruntersuchung gegen den Erzbischof von Köln Beschluss zu fassen. Das Abschlagsverfahren gegen Bischöfe beginnt bekanntlich mit der Aufforderung zur Niederlegung des Amtes durch den Oberpräsidenten. Wird dieser Aufforderung nicht binnen gefester Frist Folge gegeben, so stellt der Oberpräsident bei dem Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten den Antrag auf Einleitung des Verfahrens. Auf das Erstachen des Gerichtshofs hat das Gericht höherer Instanz, in dessen Bezirk der Angeklagte seinen amtlichen Wohnsitz hat, im vorliegenden Falle also das Appellationsgericht zu Köln, einen etatsmäßigen Richter mit Führung der Voruntersuchung zu beauftragen. In diesem Stadium befindet sich also gegenwärtig die Angelegenheit; es handelt sich zunächst um Einleitung der Voruntersuchung, nicht aber um die Absehung selbst. In gleicher Lage ist, soweit bekannt, die Angelegenheit des Bischofs von Trier. Dagegen ist es dunkel, warum über den Verlauf der seit einer Reihe von Monaten schwelenden Angelegenheit den Bischof von Mainz gar nichts mehr verlautet.

Der Gesetzentwurf, wonach künftig die „Begründung“ der geistlichen Aufsicht entzogen und der bürgerlichen Behörde untergeben werden sollen, wird, wie die „Fifl. Ztg.“ schreibt, in der bevorstehenden Kammerseßion von der Regierung nicht vorgelegt werden, obwohl es an Vorarbeiten und eingeforderten Gutachten zuständiger Behörden nicht fehlt und ein solcher Gesetzentwurf als eine Notwendigkeit dringend begeht worden ist. Wie es scheint, soll jedoch diese Konsequenz aus dem Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes nicht gezogen werden. Dagegen ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Gesetzentwurf, betreffend den Ausritt der Juden aus ihren Religionsgemeinden, endlich erscheint, nachdem neuerlich noch vom Minister des Innern angeordnete kommissarische Berathungen über diesen Gegenstand stattgefunden haben. Der Ausritt ist den Inden allerdings schon durch das Gesetz vom 14. Mai 1873 gestattet, doch werden sie danach durch diese Thatsache Dissidenten, was eben jetzt aufhören soll. Die Auseinandersetzung der Ausstreitenden mit der Religionsgemeinde, welcher sie bis dahin angehört haben, wird wohl in der Vorlage geordnet sein und gerade diese Ordnung den Gegenstand der Debatte bilden.

Die Militärstrafprozeßordnung soll nach der „Fifl. Ztg.“ erst nach Erledigung der Straf-Prozeß-Ordnung vorgelegt werden. Der Inhalt der Militärprozeß-Ordnung lehnt sich an das preußische Gesetz an. Auch im deutschen Militär-Prozeß sollen Militärs wegen Straftaten nicht von bürgerlichen, sondern nur von Militär-Courts abgeurteilt werden. — Der amtliche Bericht über den Krankenstand des Reichs-Heeres im November v. J. ergiebt, daß 7,2 Prozent der Effektivstärke erkrankt und 0,4 von den unter militärärztlicher Behandlung gewesenen Soldaten gestorben sind. Unter den hierher gehörigen 101 Gestorbenen hatte der Typhus die meisten Opfer, nämlich 39, gefordert, die Lungenschwindsucht ist mit 13, die Lungenentzündung mit 11 aufgeführt. Ein Soldat hat sich den Tod dadurch gegeben, daß er sich auf Eisenbahnschienen geworfen und einen Schädelbruch erlitten hat, während sonst noch 9 Selbstmorde vorgekommen, und noch 7 Verunglücksungen, welche tödlich endet haben, zu beklagen sind. Am 30. November waren 9212 Mann oder 2,6 Prozent der Effektivstärke in militärärztlicher Behandlung.

Für den jüngsten Geldverkehr sind zwei Verfügungen des Justizministerialblattes von Interesse, welche im neuesten „Justizministerialblatt“ veröffentlicht sind. Zunächst werden die Justizbehörden auf Grund einer Verfügung des Finanzministers, nach welcher die bezüglich der 10- und 25 Thalernoten bereits erlassenen und hinsichtlich der höheren Appoints demnächst zu erlassenden Beschränkungen der möglichst preußischen Staatsklassen gegenüber nicht in Anwendung gebracht werden sollen, angewiesen, die gedachten Noten der Preußischen Bank vom Publikum noch ferner in Zahlung zu nehmen, aber nicht wieder zu verausgaben, vielmehr schleunigst beim nächsten Bankkomptoir gegen Erfüllung des Werthes in gangbaren Zahlungsmitteln umzutauschen. — Die zweite Verfügung ist durch das neue Institut des Inneren Verordnungsstands hervorgerufen worden. Die Reichsbank verlangt nämlich, um die Zinsen der nach dem Gesetz vom 19. Juli 1875 auf den Hinterlegungsfonds übergegangenen Bankobligationen ohne Vorlegung der letzteren zahlen zu können, eine Befreiung der Gerichte über den Übergang der Obligationen auf die betreffenden Behörden. Die Gerichtsbehörden sind demgemäß angewiesen worden, sofort nach Ablieferung der Bestände an die Verwaltungsbehörde unter einer beglaubigten Abschrift des Verzeichnisses über die Bankobligationen die Befreiung auszustellen, und dieselbe der Bankanstalt, von welcher bisher die Zinsen gezahlt wurden, zu übersenden.

Am 9. d. hieß Prof. Dr. Gneist zu Borsigkain als Abgeordneter des Wahlkreises Landeshut-Jauer Borsigkain vor einer zahlreichen Versammlung eine Rede, welche die gegenwärtigen Hauptaufgaben des Reichstages charakterisiert. Dieselbe lautet nach der „Schlesischen Zeitung“:

„Die laufende Session des deutschen Reichstages hat in einer gewissen Mischnutzung begonnen wegen des Darunterliegens von Handel und Wandel. Wir haben drei Jahre durchlebt, die, unter Gefahren begonnen, über alles Erwarten glücklich verlaufen sind. Es sind drei weitere Jahre gefolgt, wider Erwarten sorgenvoll. Das deutsche Reich trägt jedenfalls nicht die Schuld dieser Mischnutzungen. Wir sind durchweg arbeits- und produktionsfähig; es fehlt uns nur die Nachfrage. Wir können aber den Staat nicht zwingen, selbst unter Eisen und unserem Kattun zu konsumieren. Der Staat kann unsere Nachbarn nicht zwingen, unsere Abnehmer zu werden. Der Staat kann unsere Freunde entwöhnen, auf dem unser Wohlstand beruht. Diese Partei hat bisher nur die reichsten und glänzendsten Völker der Welt durch ihre Herrschaft an den Bettelstab gebracht, noch nie aber einer Handelskrise abgeholfen. Und ebenso wenig wird die Sozial-Demokratie mit ihren Phantasiegebilden zu höherem Lohn gelangen durch, daß sie durch stetige Anfeindung und Bedrohung des Besitzes und der besitzenden Klassen die Erwerbsquellen vollends verstopft.“

Nachdem wir uns übernommen haben in Produktion und Spekulation, kann jeder verständige Art nur zu einer strengen Diät raten, so vertrieblich der Kraut oft wird, wenn ihm statt der Medizinflasche nur stärkere Diät vorschreibt. Der Staat kann in diese Verhältnisse nur eintreten, wo die Wohlthilfe zu einem Gebot der Menschlichkeit wird. Die anfängliche Verhältnisierung scheint daher auch im Reichstage geworden zu sein, besonders seit dem berühmten Auftreten der Reichsregierung. Die sogenannte Strafrechtsnovelle wird durch eine Sachverständigen-Kommission ihren geordneten Weg gehen. Die neuen Steuervorlagen sind als erledigt anzusehen, und es handelt sich hierbei weder um Sieg noch um Niederlage, sondern nur um die alte deutsche Gewohnheit nach der man sich zu neuen Steuern nur entschließt, wenn es handgreiflich notwendig wird, um ein größeres Uebel zu vermeiden. Gewiß werden die Finanzen des Reiches stets auf Bölle, Verbrauchssteuern und Negalen fundirt bleiben: zur Zeit liegt indessen keine Veranlassung zu einem Streit über die Steuermethoden vor und ein Steuerideal giebt es überhaupt wohl nicht.“

Um so dringender wird der deutsche Reichstag veranlaßt sein, seine Hauptaufgaben fast im Auge zu behalten und diese Hauptaufgaben steuern zur Zeit nur direkt zu sein.

Als erste Aufgabe: Die Aufrethaltung des kirchlichen Friedens durch fest Handhabung der Autonomie des Staates. Der preußische Staat ist durch seine Zusammensetzung, besonders aber durch den Besitz von Schlesien gezwungen worden, die engeren Grundätze des westfälischen Friedens zu verlassen. Ein System, nach welchem in jedem deutschen Landesteil nur die eine Kirche herrscht, die andere daneben höchstens geduldet wird, war nach den hochherigen Grundsätzen unseres Königsbaus nicht aufrecht zu erhalten. Die Freiheit und Gleichheit beider Kirchen — ebenso wie die libertas und égalité in Frankreich — ließ sich aber nicht ohne Weiteres durchführen, da die römische Kirche keine Gleichheit anderer kennt, da die Kurie uns Protestantens als Reiter, als verirrte Glieder ihrer eigenen Kirche verdammt, und folgerichtig die ganze äußere Regierung ihrer Kirche so einrichtet, daß mit ihrem Willen eine Gleichberechtigung nie entstehen oder bestehen kann. Der preußische Staat mußte daher starke Hand halten über beide Kirchen, beide zwangen, ihr Regiment weit zu erweitern, daß Gleichberechtigte daneben existieren können, beide zwangen, diejenigen Aufgaben, die eine Nation nur einheitlich lösen kann, ungetrennt zu erfüllen. Diese Gesetzgebung, welche hundert Jahre hindurch den Kirchenfrieden in Schlesien, wie im ganzen Lande erhalten hat, ist einige Jahrzehnte willkürlich und unbefugt außer Anwendung geblieben. Es ist daher notwendig geworden, sie wiederherzustellen. Zwar nicht in vollem Maße, denn die fortgeschrittenen Gestaltung und Einsicht der Bevölkerung gestattet heute eine beschränktere Staatsaufsicht, als sie das allgemeine Landrecht statuierte, und gestattet beiden Kirchen Selbständigkeit ihres inneren Lebens, ihrer Seelsorge, Lehre und Verwaltung. Aber was zu diesen inneren Verhältnissen gehört, kann keine Kirche souverän bestimmen, weil sonst ein Haftrecht unter den Gleichberechtigten wiederkehren würde. Es kann dies nur die Staatsgesetzgebung auf den alten bewährten Grundlagen des preußischen Staates. Dabei von einem „Kriegsstaat“ zu reden, ist entweder eine große Annahme oder eine große Verirrung. Es gibt hier keine kriegerführenden Theile, sondern Unterthanen, die den Gehorsam verweigern, und die der Staat um seiner Christen willen zum Gehorsam zurückführen muß. Je fester und folgerichtiger dies geschieht, umso weniger wird es härterer Maßregeln bedürfen, am wenigsten gegen die irregeleitete Masse, die nicht so rasch begreifen kann, daß, wenn die Kapitäne von Kampf auf Tod und Leben gegen den Liberalismus, das Freimaurerthum und die Freiheit reden, damit gemeint ist: der deutsche Kaiser, der preußische Staat, die alten Grundsätze und Geiste der Hohenzollern, unser Glaube und die ganze evangelische Kirche.“

Unsere zweite Aufgabe der nächsten Zeit liegt in den großen Zukünften, durch welche die lang vermisste und ersehnte Einheit Deutschlands wieder herzustellen ist. Diese Einheit hat Jahrhunderte bestanden, und sie ist sehr unwillkürlich nur untergraben worden in einer Zeit, wo jeder deutsche Fürst auf eigene Hand reformiren mußte, wenn überhaupt im ohnmächtigen deutschen Reich irgend etwas besser werden sollte. Mit dem Einlenken in die alte bewährte Grundlage des gemeinen Rechts wird ein edles und festes Band um die Nation geschlossen, was in guten und bösen Tagen sich dauernd bewahren wird. Aber es ist eine schwere Arbeit, die unter dem Namen eines Gesetzes im Grunde ein halbes Hundert Gesetze umfaßt, und die nur mit dem äußersten Maße von Geduld und Ausdauer zu lösen ist. Die Justizkommission hat in den recht heißen Tagen des Sommers wohl hundertmal von 11—14 Uhr gelesen und ihre Aufgabe nur zur Hälfte gelöst. Niemand kann ihr einen Vorwurf machen, daß bei so vielen besonderen Bedürfnissen und Gewohnheiten durch die Wehrheitsbeschluß zuerst ein Werk mit großen Unebenheiten zum Vorschein kommt. Diese Unebenheiten müssen erst sichtbar werden, ehe man sich zu weiteren gegenseitigen Nachgehen entschließt. Es bedarf daher des Ausdauer in fortgesetzter Arbeit, womöglich ein und derselben ständigen Kommission. Zu lösen aber ist die Aufgabe, und möglich ist die Lösung noch in diesem Jahre.“

Die dritte Aufgabe ist die vertrauliche Unterstützung der auswärtigen Politik des deutschen Reichs, die seit den Zeiten des großen Friedrich nicht so sicher und erfolgreich geführt ist, wie heute. Wir haben einen unverlöbten Gegner zur Seite, ernste Verantwaltung zur Friedenslösung im Süden Europas. Wir dürfen es als Führung der Verteidigung ansehen, daß Deutschland in der heutigen Weltlage die Macht und den Willen hat, den Frieden zu erhalten. Und wenn wir uns sagen müssen, daß ein einziges ungünstiges Kriegsjahr Frankreich mehr an Geld und Geldeinsatz kostet hat, als das deutsche Heer auf 25 Jahre beansprucht, so werden wir auch im Reichstage daran zu handeln haben. Dasselbe gilt auch von der Unterstützung der wirtschaftlichen Politik, die seit der Entstehung des Zollvereins uns mit sicherer Hand weiter geführt hat. Ob einige Großes Eingangsstücke auf Eisen unserer Eisenproduktion etwas Neuereswerthes nützen würden, vermag ich nicht recht zu begreifen. Wohl aber scheint es mir klar, daß die neuen Schutzoltheorien sehr bald zur Revanche vom Ausland, zu einem sanften Zollkrieg, zu einer

Inserate 20 Pf. die schadhafteste Zelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Crediter zu jenen und werden am folgenden Tage Abgang 7 Uhr erreichende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annonce  
Annahme-Bureau:

In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Parke & Co. — Hansenstein & Vogler, — Rudolph Wosse.

In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank.“

Nach bestigtem Streite ist zwischen den liberalen Parteien und dem leitenden Staatsmann des deutschen Reiches ein Zusammenspiel hergestellt worden, bei welchem sich alle Beteiligten unter Wahrung ihrer Grundsätze besser befinden haben, als unter allen früheren Phasen des Streites oder der Verständigung. In wenigen Jahren ist zur Erfüllung der berechtigten Wünsche der Nation durch dauernde Institutionen mehr geschaffen worden, als seit vielen Jahrzehnten. Gewiß sind auch die liberalen Bestrebungen nicht unerheblich. Innerhalb aber scheint mir derjenige eine Verantwortlichkeit zu übernehmen, der die Festigkeit, die Ausdauer und die Sicherheit unserer Staats- und Handelspolitik bloß um des Wechsels willen gefördert will. Eine gewisse Stetigkeit der Wahlen ist daher in der heutigen Lage der Dinge dem Reiche wohltätig. Ich würde es deshalb um meiner Person wie um der Sache willen mit lebhaftem Danke anerkennen, wenn die Wähler dieser Reise mich wiederholen mit ihrem Vertrauensmandat beehren wollen.“

Nach einer Bekanntmachung des General-Postmeisters ist der § 5 der Postordnung vom 18. Dez. 1874 dahin geändert worden, daß mehr als drei Packete zu einer Begleitadresse nicht gehören dürfen. Ferner beträgt von jetzt ab die Gebühr für die Elbestellung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen, Postkarten und Warenproben, sowie von Vorzugsbriefen nach dem Landbestellbezirk der Postanstalt für jedes Kilometer 15 Pf. im Ganzen nicht unter 75 Pf. für jede Bestellung. Bei Packeten, Geldbriefen und Postanweisungen kommt das Doppelte dieser Sätze zur Erhebung. Höhere Vergütungen für die Elbestellung von Postsendungen nach dem Landbestellbezirk dürfen nur in den Fällen erhoben werden, wenn der Bestimmung-Postanstalt Niemand zur Verfügung steht, der die Leitung zum tarifmäßigen Sätze übernimmt. Die Gebühr für die Elbestellung sowohl im Postorte als Landort kann vorausbezahlt, oder deren Zahlung dem Adressaten überlassen werden. In allen Fällen muß jedoch der Absender für die Verlängerung der entstandenen Bestellgebühr haften.

Dortmund, 10. Januar. Aus Lippe werden fortgesetzt Dinge gemeldet, die in der That zu Hoffnungen auf Besserung der gegenwärtigen Zustände berechtigen. So berichtet neuerdings die „Westl. Ztg.“, daß Fürst Woldemar in seinen Einschränkungen fortfährt und sich nun auch entschlossen hat, die Hofkapelle und das Theater aufzuheben. Das Blatt schreibt:

Einem Theil der Mitglieder der Kapelle ist bis zum 1. Juli d. J. gekündigt und der übrige Theil tritt mit vier Fünftel des bisher bezogenen Gehalts in den Ruhestand. Es ist leicht verständlich, daß Detmold über diese Maßregel des Fürsten tief betrübt ist, denn nicht genug, daß sie von nun an auf die herrlichen musikalischen und dramatischen Genüsse im fürstlichen Schauspielhaus verzichten muß, hat sie auch materielle Nachtheile davon. Detmold läßt auf viele reiche Fremde aus der Nähe und Ferne eine große Anziehungskraft aus, und das nicht allein wegen seiner wunderbaren Lage und Umgebung, sondern namentlich auch wegen der berühmten Hofkapelle und des fürstlichen Schauspiels. Das ist nun vorbei. Denn die ausgegebene Parole des Fürsten lautet: Kein Luxus mehr und Einschränkung nach allen Seiten! Inzwischen fährt Fürst Woldemar fort, sich über alle Dinge seines Hofhaushalts, der fürstlichen Kammer, der Forstdirektion, Regierung u. s. w. zu orientieren; nicht daß Geringste entgeht seinem scharfen Auge. So wird erzählt, er habe im Walde auf der Jagd Holzhauer gefragt, für wen die guten Klästern bestimmt seien und wer die schlechter aufgearbeiteten haben soll, und als man ihm gesagt, jene erhielten die Herren Förster und diese würden demnächst verlaufen, da habe er sich sehr unwillig über diese Ungleichheit ausgedrückt. Der gleiche Büge des Fürsten werden viele erzählt. — Als in ihrer Stellung am Hofe gekündigte Beamte werden bis jetzt genannt: der Kriegsadjutant von Dorow, der Kammerherr v. Meisenburg (geht als Hofmarschall nach Gera) und der Hofstallmeister v. Anderlen. An wen nun zunächst die Reise kommt, wird sich wahrscheinlich erst nach der Reise des Fürsten nach Berlin zeigen.

Leipzig, 11. Januar. Unter der ländlichen Bevölkerung Sachsen beginnt sich der Notstand in dieses Jahres in heimliche erschreckende Weise zu machen. Der Mangel an Futter für das Vieh und die schlechte Aussaat werden aber noch das nächste Jahr in Mitleidenschaft ziehen. Fast das ganze lebende Inventarium wird in diesem Winter bei den bäuerlichen Besitzern zu Grunde gehen. Die Letzteren verlaufen allenfalls ihr Vieh zu unerhörten Spottpreisen, da sie nicht wissen, wie sie es erhalten sollen. In vielen Gemeinden sagt man die Pferde, da man sie nicht schlachten will, einfach auf das Feld oder in den Wald und läßt sie dort Hungers sterben. Ähnlich verfährt man auch mit dem Rindvieh. Womit soll nun der Landmann im Frühjahr seinen Acker pflügen und die Sommeraussaat bestellen, abgesehen davon, daß er nicht einmal die Mittel hat, um bis zur nächsten Ernte zu leben! Der „Orient-Blatt“ fordert daher die Regierung und den Landtag auf, schleunigst Hilfe zu bringen, denn wenn diese ausbleibe, sei man für viele Jahre ruinirt. — Die eingefandene Entwürfe für den Bau eines neuen Landtagsgebäude sind bereits im bisherigen Sitzungssaale des Landtags zur öffentlichen Ansicht ausgestellt.

Brüssel, 10. Januar. Die Nachrichten aus den Bergwerksdistrikten sind keineswegs so alarmierend, als verbreitet worden ist. Allerdings sind 800 Mann Militär von Brüssel nach Charleroi abgegangen und anderen Truppen ist der Befehl zur Marschbereitschaft bereits ertheilt. Doch scheint es zum Außersten nicht kommen zu sollen,

und auch die telegraphisch gebrachte Nachricht von dem bereits erfolgten Ausbruch von Feindseligkeiten, von Todten und Verwundeten, hat nach der „Indépendance belge“ noch keine Bestätigung erhalten. Allerdings ist von einem gegenseitigen Entgegenkommen noch nicht die Rede. Die Grubenbesitzer, wie die Arbeiter halten an ihren Forderungen fest; nur in einzelnen Gruben ist die Arbeit wieder aufgenommen. Aber auch da, wo der Streik noch in seiner ganzen Stärke währt, verhalten sich die Arbeiter ruhig; selbst die Meetings werden nur sehr schwach besucht. Es sollen namentlich fremde Arbeiter sein, die die einheimischen aufstacheln und ihre Köpfe mit sozialistischen Ideen zu „verkeilen“ suchen — bisher glücklicher Weise ohne Erfolg. — Im Becken von Charleroi haben vielleicht 100 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Was das revolutionäre Lied „la République belge“ betrifft, von dem so viel Aufhebens gemacht worden ist, so scheint es bisher eine weitere Verbreitung, namentlich unter den Arbeitern selbst, nicht gefunden zu haben; man hat sich begnügt, es den Arbeitgebern und den Behörden zu schicken.

Paris, 8. Januar. Ein interessanter Artikel im „Journal des Débats“ behandelt die Reformnote des Grafen Andrassy in folgender offenbar auf guten Informationen beruhender Weise:

Das wiener Kabinett macht sich nicht an, von der Türkei zu verlangen, daß sie ihre ganze Regierung neu organisire und die Verfassung des Landes ändere. Eine solche Anforderung wäre die reinsten Intervention und ein direkter Eingriff in die Souveränität der Pforte. Das wiener Kabinett stellt sich auf einen anderen Boden, und stützt seine Forderungen auf einen unanfechtbaren Satz des Völkerrechts, der, wie unsere Leser sich erinnern werden, in dem Bericht der ungarischen Delegation sehr triftig angedeutet worden ist. Diesen Satz folgt heil jeder Staat das Recht, von seinem Nachbar nicht beunruhigt zu werden, von ihm zu verlangen, daß er die Ursachen der Unruhen aufhebe, und nöthigenfalls selbst dazu beitrete. Wenn bei einem Hausschaden Feuer ausbricht, so hat man das Recht und die Pflicht, ihm beim Löschcn zu helfen, damit der Brand nicht weiter um sich greift. Österreich will nur die Beschwichtigung der türkischen Grenzprovinzen, deren Empörung, indem sie sich in die Länge zieht, seine eigene Sicherheit bedroht, und es begnügt sich damit, besondere Reformen in Vorlage zu bringen, die es für geeignet hält, diese Beschwichtigung herbeizuführen. Ferner versichert man uns, daß die Forderungen des wiener Kabinetts, welche hierin mit denselben der Kabinette von St. Petersburg und Berlin übereinstimmen, sehr gemäßigt sind, daß diese den politischen Status quo der Türkei, die Unvergleichlichkeit der souveränen Rechte der Pforte nicht antasten. Unsere wiener Korrespondenten haben uns schon lange darauf vorbereitet, daß das wiener Kabinett aus Anlaß des Wiederherstellung des Friedens in der Herzegowina und in Bosnien niemehr so weit gehen werde, politische Fragen anzugehen, Gebietsveränderungen vorzuschlagen, die Errichtung neuer Vasallenländer zu empfehlen u. s. w. Sie befanden auf der Versicherung, daß es sich, der Ansicht des österreichisch-ungarischen Kabinetts gemäß, in jenen Provinzen nur um administrative, soziale Fragen und hauptsächlich um eine aarische Frage handle. In der That haben die von dem Grafen Andrassy beantragten Reformen einen wesentlich administrativen und lokalen Charakter; sie betreffen namentlich die Steuern, ihren Aufsatz und ihre Erhebung, die gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen den Pätern und den Grund-eigentümern, die Selbstständigkeit der Gemeinden, die lokale Sicherheitspolizei u. s. w. Überdies sollen diese Reformen sehr praktisch den Verhältnissen der auständischen Provinzen angepasset sein, und soll aus dem Projekt eine gründliche Kenntnis des Landes und seiner Bedürfnisse schaffen. Das Projekt des Grafen Andrassy zeichnet also eben so sehr durch sein konkretes Wesen und seine Genaugkeit aus, als der Ferman vom 14. Dezember sich durch seine Unbestimmtheit, seine allgemeinen Abstraktionen, die theoretischen Sätze und banalen Grundsätze, mit denen er überladen war, bemerklich machte. Es läßt es nicht bei dem Ausdruck von Wünschen bewenden; es bezeichnet eingehend die Mittel und Wege, wie sie verwirklicht werden könnten. Es sieht sich auf die Art und Stelle von den Konsuln gepflanzte genaue Enquête; es ist das Ergebnis der Prüfung wirklicher und zahlreicher Thatsachen. Daher würde, wie man uns sagt, die Veröffentlichung dieser besonderen Details bei der Masse der Zeitungsliteratur kein sehr lebhaftes Interesse wecken, um diesem Theil des Publikums, der von außerordentlichen Gegebenheiten und Sensationsnachrichten lebt, eine geringe Neugiertheit gewähren. Um es zu verstehen und zu würdigen, muß man mit den inneren Zuständen des Landes, auf welche es sich bezieht, etwigermaßen vertraut sein. Endlich wird noch bemerkt, daß das Projekt, obgleich es sich durch seinen Charakter von dem Ferman vom 14. Dezember unterscheidet, dennoch mit diesem kaiserlichen Erlass nicht im Widerspruch steht, sich mit ihm vereinigen läßt, ihn sogar ergänzt und von den Höhen der Abtraktion auf den Boden der praktischen Wirklichkeit zurückführt. Kurz, das Reformprojekt des Grafen Andrassy soll den uns geworbenen Informationen aufgege durch seine Mäßigung, seinen praktischen Geist, seine Schönung gegen die Pforte die Zustimmung und den Beifall der Westmächte und Italiens voll auf verdienen. Wir glauben auch zu wissen, daß unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten es sehr günstig aufgenommen hat. Die Bürkularnote hat den besten Eindruck auf ihn hervorgebracht, und, wie es scheint, hat er, da er das gemäßigte Programm der drei Mächte für die Türkei sehr annehmbar fand, erachtet, daß Frankreich ihm ohne Vorbehalt beitreten und es in Konstantinopel befürworten darf.

Paris, 10. Januar. Unter diesem Datum geht der „M. B.“ von hier ein Telegramm zu, welches die Meldung bestätigt, daß die Vertreter der Pforte bei allen Unterzeichnern des pariser Vertrages angewiesen worden seien, im Voraus gegen jede etwaige Beinträchtigung der Souveränität des Sultans in aller Form zu protestieren. Es fragt sich aber, ob die im Projekte des Grafen Andrassy formulierten Vorschläge der Mächte als Eingriff in diese Souveränität anzusehen sind, und in hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man Urfache zu der Hoffnung zu haben, daß die Pforte nach der offiziellen Kenntnisnahme der Vorschläge dieselben doch annehmbar finden wird.

Der „Temps“ veröffentlicht, wie demselben Blatte gemeldet wird, heut eingehende Details über die hiesige Ministrerkrisis.

Hier nach hat der Marshall Mac Mahon am Sonnabend Leon Say auflassen und denselben aufgefordert, seine in Gemeinschaft mit den Republikanern Thiers und Boucher aufgestellte Kandidatur im Département Seine et Oise aufzugeben. Der Finanz-Minister habe, wie weiter in taetheit wirkt, um eine Bedenken gegeben, worauf gestern eine neue Unterredung derselben mit dem Marshall Mac Mahon erfolgt sei, in welcher dieser darauf hinweist, daß Angestellte der bevorstehenden Wahlen vollständige Einigkeit des Cabinets gehalten sei und daß er deshalb Leon Say um die Niederlegung seines Portefeuilles ersuchen müsse. Der Finanzminister habe hierauf sein Entlassungsgebot abgesagt, in welchem er besonders bemerkte, daß er es auf Verlangen des Marshalls Mac Mahon einreiche. Wie der „Temps“ weiter meldet, hat Herr Dufaure, als er die Entlassung Leon Say's erfuhr, sofort erklärt, daß er ebenfalls zurücktrete; der Marshall Mac Mahon hat sich aber entschieden geweigert, das Entlassungsgebot des Finanzministers anzunehmen. Auch soll Herr Bussel denselben angehören haben, Leon Say durch Mathieu Bodet oder Tissierenc de Bort, den ehemaligen Minister Thiers, zu erlegen. Der „Temps“ will endlich wissen, daß die Minister Wallon und Decazes, sowie der Polizeipräsident Renault im Falle des Rücktritts Dufaures sich zurückziehen beabsichtigen. Heute Abend soll ein Ministerrat stattfinden, um die Krisis zu beenden. In den der Präsidenten zu nohestetenden Kreisen herrsche Nachmittags die Hoffnung auf Auslöschung, so daß im schlimmsten Falle nur der Rücktritt Leon Say's erfolgen dürfte.

London, 8. Januar. In Folge der in den letzten Tagen durch unrichtige egyptische Nachrichten verursachten Panik an der hiesigen Börse bringt die „Times“ folgende fast ebenso an den Khedive wie an die Börse gerichtete Auskunft:

Es scheint, daß es Leute gibt, welche in der Übereinstimmung der Politik des Khedive mit unserer eigenen eine Garantie dafür erblicken, daß egyptische Schatzbörsen zur Verfolgung eingelöst und Dividenden pünktlich bezahlt werden. Ein solcher Glaube ist indessen reine Einbildung und hat durchaus keine Berechtigung in den Thatsachen. Ein gewisser Hintergrund fehlt freilich auch dieser Annahme nicht. Jeder Engländer, von Lord Derby und Herrn Cave abgesehen, wird nur einen guten Rat für den Beherrschter Egyptens haben, nämlich alle nicht absolut unumgänglichen Ausgaben während der nächsten Jahre einzustellen und sich strenger Sparhaftigkeit zu bekleiden. Daraus folgt, daß ein engerer Anschluß zwischen der Regierung des Khedive und einer Nation, welche sich eine so enisch-deutsche Meinung gebildet hat, eine günstige Wirkung auf egyptische Finanzen ausüben muß. Allein es ist ratsam, gleichzeitig das Publizum davon zu erinnern, daß wir eine Autorität über den Khedive bezüglich der Verwaltung seiner Staateinnahme oder seines Privateigentums nie besessen und auch nicht erworben haben. Das politische Recht, das wir durch Kauf des Suezkanals erlangt zu haben denken können, ist das Recht, jede Veränderung in den Beziehungen Egyptens zum Ottomannischen Reich oder zu anderen Mächten zu verbieten, überhaupt jedem Alle entgegenzutreten, der unser Interesse am Kanal oder unsere Verbindung mit Indien gefährden könnte. Es ist das eine keineswegs geringfügige Position und wir können nicht einsehen, daß unsere Verhandlungen weiteres nach sich ziehen, oder daß es vernünftig oder politisch wäre, mehr zu streben. Wenn der Khedive durchaus weitere Millionen verschleudern will, so haben wir kein Recht, ihn daran zu hindern. Wenn er beschließt, eine Expedition über die andere gegen die Schwarzen im Innern auszuführen, wenn er Tausende von Meilen Eisenbahnen durch die wilde Wüste baut oder seine Fabriken verbreitacht oder vervielfacht, so hat er dazu ein vollkommenes Recht, so lange er das nötige Geld aufstreichen kann. Die Freiheit, sich zu ruinieren, gehört zu den Grundrechten der Menschheit, und wenn man es im Prinzip selbst für ratsam hielte, die Freiheit zu beschränken, so würde sich der praktische Versuch doch als vergeblich erweisen. Alles, was die Regierung tun kann, ist, dem Khedive in achtungsvoller Weise der Gemüthe zu führen, daß dieser oder jener Plan für seine Finanzen unheilvoll wäre. Das Weitere muss von ihm selbst abhängen, über einen anderen Punkt, der von zarter Natur ist, wäre es wohl am besten, die Förderung abzubrechen, bis Herr Cave die Verbindlichkeiten Egyptens genau aufstellt. Es scheint eingeräumt, daß das Vorhaben dieses Herrn den Khedive, der sich nicht denken konnte, daß die Rechnungen seiner Bevölkerung untersucht würden, oder daß es möglich sei, eine egyptische Bilanzaufstellung für unzureichend anzusehen, verlegt oder überrascht hat. Wir hoffen, die Arbeiten des Herrn Cave werden die egyptischen Finanzen in hoffnungsvollem Lichte erscheinen lassen. Die Aussichten sind nicht暗淡, allein Egypten hat reiche Hilfsquellen, auf die sich schon Hoffnungen gründen lassen. Auf alle Fälle aber muß das Publizum sich von dem Gedanken losmachen, daß die freundliche Gefinnung der britischen Regierung die egyptischen Finanzen über den Bereich enger Grenzen hinaus oder in der Schnelligkeit besser tun könnte. Was die Sicherheit der heutigen Schulden anbelangt, so muß dieselbe von dem Grade der Belastung der Hilfsquellen des Landes abhängen.

Weiter der hiesigen „Ball Mall Gazette“ aus Copenhagen gesendet wird, hat Herr Mathiasen, der preußische Kommissar, seine Nachforschungen in den dänischen Kanälen betreffs der auf die Herzogshäuser Schleswig Holstein bezüglichen Dokumente beendet und sich mit den Archivalien, die nach den Bestimmungen des Wiener Friedens Dänemark auszuliefern hatte, nach Schleswig zurückgegeben.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. Januar.

Nach dem „St. Anz.“ ist der Rechtsanwalt und Notar Süßel in Rüssel zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Posen und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnstifts in Posen ernannt werden.

In der polytechnischen Gesellschaft wurden am Sonnabend über Dynamit folgende Mitteilungen gemacht: In England wird ebenso, wie in Deutschland der Transport von Dynamitpatronen auf den Eisenbahn nicht gestattet. Es sind nun dort in Gegenwart mehrerer Eisenbahntrektoren, Ingenieuren u. c. Versuche ausgeführt worden, um die Gefahrenlosigkeit bei dem Transport derselben nachzuweisen. Zu diesem Zweck wurde eine schwere Kiste mit Dynamit aus einer Höhe von 40 Fuß auf den Boden geworfen, ebenso eine 5 Br. schwere, mit Sand gefüllte Kiste aus gleicher Höhe auf lose zusammengelegte Dynamitpatronen fallen gelassen; ferner wurden die Patronen wieder zusammengelegt eine Kiste mit 10 Pfund Dynamit dagegestellt und alsdann eine über 3 Br. schwere Eisenmasse aus gleicher Höhe darauf geworfen. Bei allen diesen Versuchen erfolgte keine Explosion. Um ferner die Gefahrenlosigkeit des Dynamits beim Ausbruch eines Brandes, beim Transport auf der Eisenbahn und bei der Aufbewahrung in den Gütermagazinen darzuthun, wurde eine 50 Pfund Dyna mit enthaltende Kiste in ein großes Feuer geworfen, in welcher das Dynamit mit grünlich weißer Flamme hoch aufloderte und verbrannte, ohne zu explodieren. Zur Prüfung des Verhaltens des Dynamits bei der Einwirkung von Schießpulver wurden 25 Pfund des letzteren aufgeschüttet, mit einer 3 bis 5 Fuß im Gewebe messenden Platte von Schmiedeeisen bedeckt, darauf zwei Kisten, jede mit 10 Pfund Dynamit gefüllt, gestellt und das Schießpulver angezündet. Bei der erfolgenden Explosion wurde die Platte samt den beiden Kisten unbeschädigt auf eine große Entfernung fortgeschleudert. Endlich wurden mehrere Dynamitpatronen auf die Schienen der nahen Eisenbahn und loser Dynamit daneben gelegt, und alsdann ein leerer Personenzug auf der Eisenbahn abgelassen, welcher beim Ueberfahren über die Dynamitpatronen einen Theil derselben zur Explosion brachte, ohne aber irgendwo auf den losen Dynamit einzutreffen. Wenn trotz des Erfolges vieler Versuche die Eisenbahn-directionen in England den Transport des Dynamits nicht gestatten, und ebenso die sogenannte Glymeralite vom Jahre 1866 die Verwendung, Aufbewahrung u. c. des Dynamits sehr erlaubt, so mag dies eben daherkommen, weil, wie die zahlreiche traurige Erfahrungen beweisen, daß Dynamit unter Bedingungen, die wohl noch nicht genügend bekannt und erforscht sind, explodiert. In Frankreich war man bisher hinsichtlich der Gefährlichkeit des Dynamits weniger besorgt, als in Großbritannien, indem die Eisen ahnen dort den derselben Transport gestatteten. Die französische Regierung behandelte bisher das Dynamit als Schießpulver, indem sie sich dessen Fabrikation und Verkauf als Staatsmonopol aneignete. Eine im vorigen Jahre von der Nationalversammlung zur Erörterung der Dynamitfrage gebildete Kommission hat sich nun darin ausgesprochen, daß die Fabrikation und der Verkauf des Dynamits der freien Konkurrenz zu überlassen sei, indem sie es zugleich als unzweckmäßig bezeichnete, ein besonderes Gesetz über die industrielle Verwendung solcher explosiver chemischer Verbindungen zu erlassen. Der von ihr eingebrachte Gesetzentwurf beschreibt das Dynamit und andere Explosivstoffe mit einer Staatssteuer, welche für das Dynamit zu 1,50 Fr. (= 1,20 M.) pro Kilogramm vorgeschlagen wird. Er unterwirft das Dynamit denselben Gesetzen, wie alle übrigen gefährlichen Fabrikate und bestimmt, daß die Erlaubnis zur Darstellung und zum Gebrauch von Nitroglycerin, Dynamit und anderen Explosivstoffen nur unter der Verpflichtung bestimmt, von der Regierung festzustellende Vorschriften und Bedingungen gewahrt werde. Ähnliche gesetzliche Bestimmungen sind auch wohl für das deutsche Reich zu erwarten. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat das Dynamit eine sehr ausgedehnte Verwendung als Sprengmittel gefunden, indem auf dem Westabhang des Kappengebirges allein im Jahre 1873 etwa 600,000 Pfund Dynamit fabriziert und in Kalifornien und den benachbarten Landesteilen verbraucht wurden. Die Börse, welche das Dynamit beim Bergbau gegenüber dem Schießpulver gewährt, bestehen nicht allein in der außerordentlich brisanten Wirkung, die eine 10 mal stärkere, als beim Schießpulver ist, sondern auch darin, daß es bei der Explosion keine schädlichen Gase liefert, während bekanntlich Schießpulver nach mehrmaligen Sprengungen in ein und demselben Minengange den Aufenthalt von Arbeitern auf einige Zeit unmöglich macht. Über die Richtung, in der das Dynamit wirkt, existiren noch vielfach irrtümliche Vorstellungen; daß sie wirkt nach allen Richtungen am meisten hervor, wo der größte Widerstand vorhanden war. — Außerdem wurden an Gefangene in französischen Gefängnissen mehrfach scheinbar unverfängliche Briefe gerichtet, zwischen deren Zeilen jedoch, wie sich herausgestellt hat, mit „y m p a t h i c t i n t e“ geschrieben waren. Die mit derselben geschriebene Schrift tritt hervor, sobald das Papier ein wenig erwärmt wird. Diese sympathetische Linie wird angefertigt aus 1 Theil Schwefelsäure, 10 Theilen Wasser, ½ Theil Soda, und liefert eine vollkommen schwarze unverlösliche Schrift, indem in Folge der Erwärmung der Soda verkohlt wird.

Hinterlegung von Wertpapieren. Um Irrtümer vorzubeugen, wird von den betreffenden Behörden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß im Falle der Hinterlegung von Wertpapieren beim gerichtlichen Depositionsamt die Depositbeamten nicht verpflichtet sind, die Auslösung oder Kündigung der Wertpapiere zu überwachen, ebensoviel für die Einziehung neuer Zins- oder Dividendenscheine von Amts wegen zu sorgen. Diese Sorge liegt vielmehr den Betheiligten ob.

Binne, 11. Januar. [Schulangelegenheiten. Lehreramt. Statistik] In dem eine Meile von hier entfernten Dorfe Liwowo fand gestern Vormittag an der dortigen Schule, welche während des verlorenen Vierteljahrs verwaist war, durch den diesjährigen Kreis-Schulinspektor für lat. Schulen Herrn Silarzyk die Einführung des neuen Lehrers Herrn Bogoljewski aus Lippe-Kolonie, Kreis Ocornik, statt. Von dort begab sich Herr Silarzyk noch am selben Tage nach Binne zum Zwecke einer Revision der hiesigen lat. Schule. Hier waren jedoch in Folge des bereitdagelang anhaltenden strengen Frostes — wir hatten gestern Vormittag 17 Grad unter Null — die beiden Klassen der in diese siehenden Schule, fast leer, da sich ihre Schüler zum großen Theile aus Kindern der betraute eine halbe Meile von hier entfernten Dörfern Salobrno und Lubojewica rekrutieren. — In dem Dorfe Konin, eine halbe Meile von hier, ist die lat. Lehrerstelle bereits ¼ Jahr vakant. Um dieselbe hat sich bisher nur ein einziger sehr geführter Lehrer beworben. Da der hiesige katholische Lehrer, Herr Chruszcz, sit in dem genannten Dorfe, um die Kinder nicht ganz verwahrlosten zu lassen, bis zum Antritt eines neuen Lehrers, zweimal wöchentlich Unterricht erteilt. — Bei dem hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 1. Januar bis ult. Dezember 1875 für die Stadt Binne 90 Geburtsfälle und 50 Sterbefälle angemeldet. Ehelich verbunden wurden dafelbst 15 Paare für den diesjährigen District wurden in gedachter Zeit bei dem erwähnten Standesamt 308 Geburts- und 188 Sterbefälle registriert. Kopuliert wurden dafelbst 51 Paare. Zu bemerken ist hier noch, daß sämtliche vorbereitete Geborenen und Verheirathungen die kirchliche Welt nachträglich empfangen haben.

Wohlthätigkeit. [Wohlthätigkeit.] Am 8. d. M. fand hier in der katholischen Schule unter dem Vorsitz des Kreis-Schulinspektors Herrn Telienski die erste diesjährige Bezirksschulkonferenz des hiesigen Bezirksschulamtes statt. Es beteiligten sich an derselben außer dem Kreis-Schulinspizitor Herrn Propst Henne von hier 11 Lehrer. Nach einem einleitenden Gebet hielt Herr Kantor und Lehrer Romick von hier mit allen drei Abtheilungen seiner Schule eine Lehrprobe im Gefange, worauf Herr Lehrer Wittig aus Adamowo sein ausführliches Referat über „Schuldisziplin“ vorlas, dem eine sehr eingehende Debatte folgte. — Der unter den hiesigen Israeliten bestehende Wohlthätigkeitsverein „Gesellschaft der Freunde“ hat diesmal gegen 140 M. zur Beliebung armer Schulkinder verauflagt. Der Verein besteht seit 25 Jahren und hat die Tendenz, am Schulkind zu beteiligen und verschiedene Arme zu unterstützen.

Bromberg, 10. Januar. Über das Vermögen des Kaufmann Thomas Sniegocki in Bromberg ist der Kaufmännische Konkurs eröffnet. Bahlun, Beinstellung: 10. September a. v. Einzeliger Betreuer: Kaufmann Heinrich Matadinsky. Erster Termin: 27. Januar c.

## Aus dem Gerichtsaal.

Berlin, 11. Januar. In dem Prozeß gegen den Stadtgerichtssekretär Menthe und Genossen wegen Beleidigung von Bürgern wurde bereits heut das Urteil gesprochen. In dem zweiten Anklagpunkte, dessen bereits eingehend gedacht wurde — die Nichtreproduktion der Gültigkeit der Alten und die dadurch herbeigeführte Verhinderung der Strafvollstreckung gegen den Pferdeshändler Gutsch betreffend — stellte sich für die Verhinderung an diesem Tage die Beweisaufnahme nicht gerade ungünstig, insbesondere da der nächste Vorgesetzte der Angeklagten derselben ein recht gutes Begegnis aufstellte. Die Präfektur für reponierte Alten sei so umfangreich und in so verschiedene Abtheilungen des weitläufigen Gerichtsgebäudes vertheilt, daß zu ihrer Verwaltung eine nicht gewöhnliche Umsicht erforderlich sei. Es werden derselben jährlich etwa 2000 neue Personen zugewiesen, die in den ersten fünf Jahren in ihrem ganzen Volumen, und später nach Jahren im Erwachsenenalter, d. h. in den auf das Strafurteil, auf den Strafantritt und die Strafentlassung bezüglichen Blättern aufgewahrt werden. Zur Bewältigung dieser Arbeiten sind nur drei Beamten vorhanden, der Registratur, sein Assistent und ein Schreibzögler, im höchsten Grade schwindsüchtiger Diener. Monatlich sind etwa 1000 Produktionen aufzuführen. Nach der Instruktion sollte der Registratur persönlich die Akten aus den Fächern nehmen und in die Büroschicken; das sei aber bei der Menge der Arbeit nicht durchführbar, so müsse denn der Assistent und der Vize helfen, wobei es nur zu möglich sei, daß sich irgend ein Altenstück „verkrümelt“. Dass aber trotzdem unter Menthe's Verwaltung nur äußerst selten vorstrecke gerade für seine Umsicht und Geschäftigkeit. Menthe sei auf dem ein sehr gutmütiger Mensch, denn nur seiner Färsprache Aufopferung habe er der sehr hinsichtliche Diener zu danken, daß er nicht pensioniert sei. — Auf die Frage des Präsidenten, ob die Börse der Berliner für das Charlottenburger Gefängnis aus einer Verwaltung derselben mit dem vielbenutzten körnigeren Gefängnisse rezipiert, antwortete der Zeuge, die Charlottenburger Direktion würde eine solche Unterstellung energisch protestieren, denn thatsächlich die vorliegende Strafvollstreckung keine besonderen Unannehmlichkeiten. Die Aussage der nächsten beiden Zeugen, des Pferdeshändlers Gutsch Frau, machten dagegen einen um so übleren Eindruck. Gutsch muß zugeben, mit Menthe wegen der Aussetzung des Sohnes ihres Mannes verhandelt zu haben, der sich dabei auf Majestätsgefährliche Eingaben an den Justizminister und an den Kaiser beklagte. Sie habe ihm weder Gelehrte dafür angeboten, noch gebeten. Das Kreisverhör des Präsidenten brachte jedoch schließlich aus, daß er es dem Antelle, daß Gutsch in Berlin umherlief, statt seiner Strafe abzufügen, geheimnisvoll auf einen „guten Freund beim Gericht“ verwies, den sie auf weiteres Andringen als Menthe bezeichnete. „Was kostet dem das?“ antwortete: „Losst viel Geld!“ Warum während der ganzen Verhinderung Strafvollstreckung keine Eingaben an den Justizminister und Gouvernement gemacht wurden, darüber wußte sie keine Antwort. — Noch leichter zog sich ihr Gatte aus der Affäre, der auf all seine gerichtlichen Fragen mit dem stereotypen „Das weiß ich nicht“ antwortete. Er sei mit seinen 30 franken Pferden so sehr beschäftigt,

gewesen, daß er sich um die ganze Angelegenheit nicht habe kümmern können. — Letztere beiden Zeugen werden auf Antrag der Vertheidiger in ihrem eigenen Interesse nicht vereidigt.

Der dritte und letzte Anklagefall legt dem Anklageten Menthé vor Gericht, bei der Verhandlung des Antritts einer Anfangs vorigen Jahres gegen Brose wegen Körperverletzung und Beleidigung eines Beamten erkannten schwüchigen Gefangenstrafe mitgebracht zu haben. Am 30. April wurde die Verhaftung verfügt, Brose hatte sich mittlerweile aber nach Charlottenburg abgemeldet und auch dort konnte er nicht aufgefunden werden, weil er angeblich nach Karlsbad zur Kur gereist war. Das Berliner Stadtgericht erließ in Folge dessen einen Steckbrief hinter Brose, den dieser ganz gemüthlich in seiner Wohnung im Kaffee in der "Börsischen Zeitung" las. Am 31. Juli trat er seine Strafe an, gleich darauf reichte er aber ein Gesuch um vier Wochen Urlaub zu einer Kur in Karlsbad ein, der ihm auch unter der Bedingung der sofortigen Abreise gewährt wurde. Am 4. Sept. endlich wurde Brose zur Verhängung seiner Strafe in die Stadtvoigtei abgeführt. Bald nach seiner Verhaftung erschien Frau Brose im Richtungsgebäude und beschwerte sich dort bei dem Kastellan und bei dem Portier, daß hinter ihrem Mann ein Steckbrief erlassen, während ihr doch Menthé versprochen habe, die Sache hinzuziehen, bis die Schneeflocken fallen. Die Anklage behauptet, Menthé habe für seine Mitwirkung bei dieser Affäre sich Geschente von Brose sowie von dessen Gattin versprechen lassen, auch solche in Form von Darlehen und großen Honoraren für Eingaben zu erhalten. Die Anklage stützt sich ferner darauf, daß Menthé vielfach Verkehr mit Brose und dessen Familie gepflogen. So sei er einmal mit Brose's in Charlottenburg, auch in anderen Vergnügungsläden gesessen worden; auch hat Brose, wie durch mehrere seiner früheren Mitgefängnisse beludet wird, im Gefängnis zu Charlottenburg mehrfach geäußert, er habe einen defauften Beamten am Berliner Stadtgericht, den er hin und wieder auch mit dem Anfangsbuchstaben M. bezeichnete, dem brauche er nur 150 Thlr. zu geben, um ganz von der Strafe loszukommen. — Die Angeklagten bestritten sämtlich die Hingabe oder das Nutzen von Geschenken, sowie die Absicht, auf wederrechtliche Weise die Verjährung des Strafantrags zu erwirken. Menthé versicherte wiederholst, sein Nach an die Familie Brose, mit der er durch seinen Bruder, den Buchhalter des Brose, bekannt geworden, habe sie darauf beschränkt, die Reise nach Karlsbad und das Gnadengebot an den Kaiser zu empfehlen.

Die Plaidoires des Staatsanwalts und der Vertheidiger nahmen etwa vierzehn Stunden in Anspruch, während die Geschworenen zur Beantwortung der ihnen vorgelegten 10 Haupt- und 10 Unterfragen zwei Stunden brauchten. Ihr Wahrspruch lautete gegen Brose auf Schuldig der Gewährung von Geschenken an einem Beamten für plauschwidrige Amtshandlungen und der Anstiftung eines Beamten zu plauschwidrigen Amtshandlungen, im Helsd'schen Falle unter Annahme mildernder Umstände; gegen Menthé auf Schuldig, in der Absicht, den Verbrechendienst Gelt der gegen ihn erkannten Strafe zu entziehen, die Vollstreckung dieser Strafe nicht betrieben zu haben. Im Uebrigen lautete das Urteil der Geschworenen auf Nichtschuldig, gegen Brose in allen Fällen. Auch dem Menthé bewilligten die Geschworenen mildernde Umstände. — Der Gerichtshof verurteilte den Brose auf Grund der §§ 333 und 348 des Strafgesetzbuchs zu drei Monaten Gefangen, den Menthé wegen Verbrechens im Amte (§ 346) zu 1 Jahr 3 Monat Gefangen. Frau Brose wurde freige Prochen.

Der Antrag des Publikums zu der Verhandlung war ein ganz außergewöhnlich starker und die Stimmung derselben eine so erregte, daß der Präsident sie vor Verkündung des Urteils zu einer ernstlichen Mahnung veranlaßt sah, jedes Zeichen von Billigung oder Mäßigung zu unterlassen. (Nat. Blg.)

## Staats- und Volkswirtschaft.

** Wien, 12. Januar. Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.**				
Notenumlauf . . . . .	293,729,320	Abnahme	1,570,850 Fl.	
Metallgeschäfte . . . . .	134,549,151	Zunahme	36,257 -	
In Metall zahlbare Wechsel . . . . .	10,741,701	Abnahme	572,044 -	
Staatsnoten, welche der Bank gehören . . . . .	2,721,832	Zunahme	384,398 -	
Wechsel . . . . .	118,395,471	Abnahme	2,743,084 -	
Lombard . . . . .	31,898,600	Abnahme	492,800 -	
Eingeloste und vor- sennässige ange- kaufte Pfandbriefe . . . . .	4 456,333	Abnahme	179,667 -	

\* Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 10. Januar.

\*\* Petersburg, 12. Januar. Die in auswärtigen Zeitungen sich wiederholenden Nachrichten von der Emission einer russischen Anleihe sind durchaus unbegründet. Weder für Eisenbahnbauten noch für irgend welche andere Zwecke ist eine solche in Aussicht genommen.

\*\* Wien, 11. Januar. Wie die "Bresse" als authentisch meldet, wird die für das Jahr 1875 zur Verhüllung gelangende Dividende der Staatsbank weniger als 40 Frs. betragen trotz der Mehreinnahmen und Betriebsparnasie, da diesen letzteren die gestiegene Binsenlast für 15 Millionen ungarischer Chosen Neuforgé Obligationen gegenübersteht. Auch will der Verwaltungsrath die im vorigen Jahre stattgehabte Heranziehung des Reservesfonds zur Komplettierung der Dividende auf 40 Frs. nicht wiederholen.

\*\* Der Staatsbankerott Peru's. In London stand am 7. d. M. eine ungemein zahlreich besuchte Generalsammlung der englischen Staatsgläubiger Peru's statt, um die nötigen Schritte zur Wahrnehmung der Rechte und Interessen der Inhaber peruanischer Obligationen in Erwägung zu ziehen. Sir Charles Russell führt den Voritz und leitete die Verhandlungen mit einer kurzen Rede ein, in welcher er bemerkte, daß die Ernennung eines Komites zur Wahrnehmung der Interessen der Bondsinhaber und zur Einleitung von Unterhandlungen mit der peruanischen Regierung den Bedürfnissen vor der Hand entsprechen würde. Auf seinem Antrag wurde ein solcher Anschluß gewählt. Derselbe besteht aus acht Mitgliedern, worunter sich der Vorsitzende, der Marquis von Azeglio, Alverman Sir Thomas White und andere angesehene Männer befinden. Ferner wurde beschlossen, zur Befreiung der Ausgaben des Komites von jedem Bondsinhaber 1 Shilling Prozent des nominalen Betrages seiner Bonds als Beitrag zu erheben.

## Vermischtes.

\* Gemüthliches aus Afrika. Am 19. Dezember bemerkten die Lokomotivführer des von Konstantine nach Philippopolis im Axerien fahrenden Zuges bei der Einfahrt in den Bahnhof von Saint Charles in einer Entfernung von ungefähr 150 Metern vier Löwen auf der Straße. Drei Fußläufen, durch das Feuer der Maschine erschreckt, lenkten von der Straße ab und begaben sich langsam Schritte in die Schluchten neben der Bahnlinie. Eine der Thiere aber, welches weniger Eile als die anderen zu haben schien, wäre beinahe von dem Zug erfaßt worden, der aber zum Glück für dasselbe bei der Einfahrt in den Bahnhof seine Geschwindigkeit gemäßigt hatte. Die Bewohner von Saint Charles machten zwar sogleich Jagd auf die Thiere, konnten jedoch von denselben nichts mehr als die Fußspuren am Wege entdecken.

\* Der Spiritismus, diese neuzeitliche Ausgeburt wundergläubiger Unwissenheit, hat in neuerer Zeit in Belgien gewaltige Fortschritte gemacht und verfügt daselbst, wie im freien Amerika, über verschiedene mächtige und gefährliche Holzspalten aufzunehmen. Dächer, Geisterbeschwörungen und ähnliche Holzspalten aufzunehmen. Als ein Pröbchen von dem, was diese Bäcker ihren Lesern zu bieten wagen, theilen wir einen dem in Lüttich erscheinenden "Messenger" dem Centralorgan des belgischen Spiritismus entnommenen "Brief aus dem Innern" verklärt mit, den kein Geringerer als Graf Egmont durch

das Medium Madame Krell an die Spiritistengemeinde in Lüttich gerichtet hat: "Stelle nicht das Licht unter den Scheffel, sondern stelle es hoch, damit es das ganze Haus erleuchtet. Freunde, geliebte Brüder, für Euch schlage ich die Bibel auf; denn an Euch wandte sich auch der Herr, als er seinen mächtigen Blick in die Zukunft versenkte. Als Gott den Erdball geschaffen und verschiedene Stoffe verdichtet, andere ausgeschieden hatte, sprach er: Es werde Licht. Nach Jahrhunderten der Arbeit, Kämpfe und des Glücks, nach langen Epochen geistiger Erklärung und sittlicher Erholung, nach manigfachen langdauernden Krisen beginnt das Chaos sich zu lichten, der Kampf des Geistes gegen die Materie dauert fort, und bald wird der Stoff geschwächt sein, dem Sieger den Platz eräumen! Noch befinden wir uns in der Krise, noch gibt es mühsame Arbeit, noch sind wir bei der Urbarmachung des Bodens. Aber schon naht die Zeit der Aussaat und damit die Ernte gut sei, bedarf es des guten Saatkorns. Wollt Ihr das Licht, wollt Ihr die Weisheit ernten, so müßt Ihr die Wahrheit aussagen. Was soll ich demütige Klagen über die Vergangenheit erheben? Was geschehen ist, mußte geschehen. Man ändert nicht die Welt auf einen Schlag. Noch einmal, nach hundert Anderen, will ich Euch sagen, daß das Opfer des thurenen Selbst nicht gescheut werden darf. Ich wiederhole Euch: gesezen ist die Hingabe, selbst wenn sie lächerlich ist und unverständlich. Ich komme, um vor Atem den Willen der Kleinmütigen zu stärken... Dem Geringen, dem Armen, dem Unwissenden sei der beste Theil Eures Herzens gewahrt. Dem Schuldigen, dem Gefunkenen Eures Hingabe, Euer Mitleid! Allein denen, die verachtet, vertreten und verworfen sind, Eure lebensdiele Liebe! Allein was schlecht ist, Euer Mitleid! Allein, was fallen will, Eure Unterstüzung! Wer den Spiritismus will, muß die Hingabe wollen. Euer also ist die Barmherzigkeit und das Hilt! Mögen alle Handlungen Eures Lebens nur das eine Ziel haben; die Vernachlässigung und den bösen Willen der Vergangenheit wieder gut zu machen, zu arbeiten, daß die Menschheit gut und glücklich werde, indem Ihr belehrt und unterstützen Alle, die sich zu belehren streben.

Egmont."

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Polen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

Bien, 12. Januar. In der heutigen Sitzung des Fortschrittsclubs hielt der Ministerpräsident, Fürst von Auersperg, eine Rede, in welcher er erklärte, daß das Ministerium bei den Verhandlungen mit der ungarischen Regierung in entschiedener Weise die Interessen Österreichs zu wahren und deshalb in steter Fühlung mit der Verfassungspartei zu bleiben beabsichtige. Für die Zeit der Beratung des Reichsrates gedenke die Regierung mit den von der Verfassungspartei gewählten Vertrauensträgern zu verkehren. Der Minister des Innern, Freiherr von Zollheim, belonte darauf, daß das Ministerium und die Verfassungspartei ihrer gegenseitigen Unterstützung bedürfen und daß das Ministerium das Vertrauen der Partei in Anspruch nehme. Seitens des Fortschrittsclubs sprachen sich sodann mehrere Redner gegen eine weitere Belastung der österreichischen Staatshälfte aus und sagten der Regierung, die künftige Unterstützung der Partei in diesem Sinne zu. Der diesseitige Bevölkerung, Hofrat Schweiger, ist gestern zur Fortsetzung der Verhandlungen über den Abschluß des neuen Handelsvertrages mit Italien nach Rom abgereist.

London, 12. Januar. Nach einer der "Times" zugehenden Depesche aus Paris vom 11. d. scheinen die dort aus England vorliegenden Nachrichten darauf hinzudeuten, daß auch das englische Kabinett auf dem Punkte steht, seine Zustimmung zu der Andrassy'schen Note zu erklären, wie dies von Frankreich bereits geschehen ist.

Nom, 11. Januar. Die Deputiertenkammer wird morgen vertagt werden. Der Termin für die Wiederöffnung derselben wird auf einen späteren Zeitpunkt festgesetzt werden, der wahrscheinlich mit dem Termin für den Beginn der neuen Sessionsperiode in den ersten Tagen des März zusammenfällt. — Der Staatsgerichtshof hat sich in der Angelegenheit des der Fälschung beschuldigten Senators Satriano für inkompotent erklärt, weil Satriano inzwischen aus dem Senate ausgeschieden sei. Die Prozeßakten sind in Folge dessen an die gewöhnlichen Gerichte abgegeben worden.

Konstantinopel, 12. Januar. Nach einer der Regierung aus der Herzegowina zugegangenen telegraphischen Meldung sind die türkischen Truppen, ohne auf Hindernisse zu stoßen, in Trebinje angelangt und werden dafelbst überwintern. Nach derselben Meldung ist die Nähe überall hergestellt, ausgenommen in dem Gebiete zwischen Trebinje, Bilek und der montenegrinischen Grenze. — Der bisherige Marineminister Niza Pasha ist zum Kriegsminister ernannt worden.

Belgrad, 11. Januar. In der heutigen Sitzung der Slavoschlinga kam es bei der Beratung des Ausgabebudgets über die Pensionierung und das Avancement der Beamten zu stürmischen Debatten. Fünf Positionen im Gesamtumfang von 504,425 Piaster wurden gestrichen. Die frühere Regierung soll wegen Überschreitung des Budgets in Anklagezustand versetzt werden.

Ragusa, 11. Januar. Nach einer hier eingegangenen Meldung haben die Insurgentenführer Pelo, Paulovich, Bacevich und Balovich mit etwa 1500 Mann die Straße von Trebinje besetzt, um eine Verproviantrung dieser Stadt zu verhindern.

Athen, 11. Januar. Die Kammer ist heute durch königliches Dekret auf 15 Tage vertagt worden, da eine beschlußfähige Sitzung nicht zu ermöglichen war.

Paris, 12. Januar. Nach einer Bekanntmachung haben die Besitzer der französischen Renten, welche die Binsen an europäischen Bauplätzen gezahlt zu erhalten wünschen, dies der Banque-Ottomane in Paris und deren Filialen bis spätestens 18. Januar einzulegen und die Coupons zu deponieren. Nach dem 18. Januar werden die Coupons nur in Konstantinopel gezahlt. Certifikate für deponierte Coupons werden am 20. Januar gegeben, am 30. beginnt die Zahlung. Dem "Journal Paris" zufolge billigte das gesamte Kabinett die Proklamation Mac Mahons. Dieselbe berührt nur Fragen, worüber das vollkommene Einverständnis der Minister hergestellt wurde.

## Blügetommene Fremde

13. Januar.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Rittergutsbesitzerin Frau v. Kaisers aus Russland. Die Kaufleute Pollack und Ahrends aus Magdeburg, Adam a. Landeshut, Wolfsen, Actel und Bertram aus Berlin, Ritter und Berger a. Bromberg, Mandelsohn aus Memel, Rossmann a. Frankfurt a. M.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE Rittergutsbesitzer v. Gadowksi und Guisbäcker Tormowski und Frau a. Polen. Bauunternehmer Klem a. Berlin. Die Kaufleute Jonas a. Berlin, Seltzer a. Hamburg. Oberamtmann Beuth a. Golencin.

HOTEL DE PARIS. Techniker Barwyński a. Mittweida, Student von Sikorski aus Kiel, Student Radzikowski aus Dresden, Agronom von Roszkowski a. Jaslowo, Gutsbesitzer von Wolszynski aus Polen, Gutsbesitzer von Muchniewski aus Polen, Rittergutsbesitzer von Zamostki aus Galizien, die Kaufleute Krebsberger aus Breslau, Krause aus Danzig, Preuß aus Köln, Fleischer aus Polen, Lebert aus Berlin.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbesitzer Szulcowski a. Boguniewo, Chrzanowski a. Chrzanowo, Poplinski u. Frau a. Budziszewo, Kahl a. Pszczylowo, die Kaufleute Kalk u. Harman a. Giesen, Bürger Malinowski a. Bul, Superintendent Heinrich a. Unin, Frau Scinska a. Grzymeklawice, Frau A. Wadzinska aus Polen.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Pensel u. Ast a. Breslau, Brodnicki a. Bromberg, v. Szczerbowski a. Bul, Inspector Chrlich a. Roznowo, Proviantmeister a. D. Doerls a. Mogiwo, Brauereibesitzer Habek a. Grätz, Gutsbesitzer Becker a. Kobylint.

## Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 12. Januar, Nachmittags. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 % pr. Januar-Februar 42,00, pr. April-Mai 44,50, pr. Mai-Juni 45,00. Weizen pr. April-Mai 184,00. Roggen pr. Januar 141,00, pr. April-Mai 147,50, pr. Mai-Juni 150,00. Rübb pr. Januar 65,00, pr. April-Mai 65,00, pr. Mai-Juni 65,00. Binkfest.

Wetter: — Bremen, 12. Januar. Getreideum (Schlüsselbericht). Standard white loco 12,70, pr. Januar 12,70, pr. Februar 12,40, pr. März 12,25 Br. Höher.

Köln, 12. Januar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen loco 12,70, biefiger loco 20,00 fremder loco 20,50 pr. März 19,50, pr. Mai 20,00. Roggen weich, biefiger loco 15,25, pr. März 14,35, pr. Mai 14,65. Hafer matt, loco 17,50 pr. März 17,60. Rübb 31 matt, loco 36,00, pr. Mai 35,10. — Wetter: Schneefall.

Hamburg, 12. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine stau. Roggen loco und auf Termine flau. Weizen pr. Jan. 196 Br., 195 Br., pr. April Mai pr. 1000 Kilo 200 Br., 199 Br. Roggen pr. Januar 146 Br., 145 Br., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 149 Br., 148 Br. Hafer ruhig. Gerste still. Rübb 31 matt, loco 69, pr. Mai pr. 200 Br. 68. Spiritus ruhig, pr. Januar 33%, pr. Februar-März 34, pr. April-Mai 35%. — Wetter: Schneefall.

Amsterdam, 12. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlüsselbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine niedr., pr. März 280. Roggen loco still, auf Termine niedr., pr. März 280, pr. Mai 182, pr. Juli —. Raps pr. Frühjahr 297 fl. Rübb 300, pr. Mai 38%, pr. Herbst 38%, Wetter: Trüb.

Paris, 12. Januar, Nachmittags. (Proviantmarkt). (Schlüsselbericht). Weizen rub, pr. Januar 26,60, pr. Januar-Februar 26,25, pr. März-April 27,00, pr. März-Juni 27,50. Weizel beb., pr. Januar 57,00 pr. Februar 57,25, pr. März-April 58,00. Rübb 31 matt, loco 83,00, pr. Mai-August 83,00. Spiritus fest, pr. Januar 43,75, pr. Mai-August 48,00.

Antwerpen, 12. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Schlüsselbericht) Getreidemarkt geschäftlos. Getreideum-Märkt. Schlüsselbericht. Getreideum-Märkt. Schlüsselbericht. Raffinerie. Lieferung fest. Standard white 12,00 B. davon für Spekulation und Export 2000 B. Matt, auf Lieferung fest.

Liverpool, 12. Januar, Vormittags. Baumwolle. Anfangsbericht. Ruhmässlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unterhänd. Tagesimport 3000 Ballen, davon — B. amerit. — B. peruanische. Liverpool, 12. Januar. Nachmittags. Baumwolle. (Schlüsselbericht): Umsatz 12,000 B. davon für Spekulation und Export 2000 B. Matt, auf Lieferung fest. — bis % niedriger als am vergangenen Freitag. Dudding Orleans 7 1/2, middling amerikan 6 1/2, fair Dholeraid 4%, good middling Dholeraid 4%, middi Dholeraid 4, fair Bengal 4%, fair Broach 5%, new fair Dore 4%, good Dore 5%, fair Madras 4%, fair Pernam 7%, fair Smyrna 6%, fair Egyptian 7%

London, 12. Januar. Getreidemarkt. (Schlüsselbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 1060, Gerste 11,240, Hafer 20,140 Kts.

Weizen unverändert, angekommene Ladungen stetig, ruhiger. And

Unentschieden.

Kreisburger 80, 00 do. junge —. Oberhess. 138, 50 M. Oder-  
Amer. St. A. 104, 50. do. do. Prioritäten 108, 00. Frankofer 517, 00. Lomb-  
barde 197, 00. Silberrente 64, 90. Rumänter 27, 35. Breslauer  
Silontobant 65, 25 do. Wechslerbank 65, 00. Schles. Bankv. 84, 50.  
Kreditaktien 335, 50. Kursahütte 67, 25. Oberhess. Eisenbahnen. —.  
Oesterreich. Bank 175, 90 Russ. Banknoten 262, 75. Schles. Berlins-  
bank. —. Österreichische Bank. —. Breslauer Brok. Wechslerb. —.  
Kramsta 85, 25. Schlesische Centralbahn. —. Bresl. Delf. —. —

## Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 12 Januar Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.  
Nahig. Österreichische Bahnen höher.

[Schlusskurse.] Londoner Wechsel 203, 45. Pariser Wechsel 80, 80. Wie-  
ner Wechsel 175, 60. Frankofer\* 258, 14. Böhm. Westb. 164, 14. Lombard-  
bank 98, 14. Galizier 174, 12. Elisabethbahn 114. Nordwestbahn 123.  
Kreditaktien\* 163 Russ. Bondenr. 85, 14. Russen 1872 99, 14. Silber-  
rente 64, 14. Papierrente 60. 1860er Loos 113, 14. 1864er Loos 294, 20. amerikaner de 1865 100, 00. Deutsch-Oesterreich. 89, 14. Berliner  
Bankverein. —. Frankfurter Bankverein. —. do. Wechslerbank 76  
Bankaktien. —. Meiningen. Bank 79, 14. Sachsen'sche Effektenbank  
—. Darmstädter Bank 113, 14. Hess. Ludwigsb. 97, 14. Oberhessen. —.  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 166, 14. Frankofer 257, 14.  
Lombarden 99, 14. 1860er Loos. —. Reichsbahn. —. Watt.

\*) per medio resp. per ultimo.

Berlin, 12. Januar. In Folge der besseren Meldungen aus Wien eröffnete der internationale Markt eine Kleinigkeit höher. Doch war die Lustlosigkeit auf allen Gebieten so groß, daß sich kaum eine bestimmte Tendenz ermittelte ließ, während man jedoch die Haltung im Allgemeinen eher matt nennen konnte. Doch es gründete sich diese Ansicht nur auf den fast vollständigen Mangel an Kauflust. Verkäufer hielten sich gleichfalls zurück und überall herrschte die größte die größte Stille. Nur in Frankofer und Kreditaktien konnte von einiger Bewegung die Rede sein; selbst Diskonto-Kommandit- und Reichsbahn-Aktien lagen sehr still und die Course erschienen wenig verändert. Die Meldungen von außerhalb hatten nur geringen Einfluß geübt. Die Annahme einer Dividende von nur 25 Francs für Staatsbahn-

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12. Januar 1876.

## Preußische Bonds und Geld

## Course.

Consol. Anleihe 4, 105, 25 bz  
Staats-Anleihe 4, 99, 25 bz  
Staats-Schuld. 3, 92, 00 bz  
Kur. u. Rm. Sch. 3, 1  
Do. Deichh.-Obl. 4, 100, 00 bz  
Berl. Stadt-Obl. 4, 101, 50 bz  
do. do. 3, 91, 50 G  
Görl. Stadt-Anl. 4, 99, 00 bz  
Rheinprovinz do. 4, 102, 25 bz  
Schles. d. B. Kfm. 5, 100, 50 B.  
Pfandbriefe:

Berliner 4, 102, 00 B  
do. 5, 106, 50 bz G  
Landsh. Central 4, 93, 70 bz G  
Kur. u. Neumärk. 3, 85, 75 G  
do. neue 3, 84, bz

do. 4, 94, 25 bz

do. neue 4, 103, 00 G

Dr. Brandbg. Cred. 4, 94, 25 bz

Ostpreußische 3, 84, 70 B

do. 4, 95, 00 bz

do. 4, 101, 10 bz

Pommersche 3, 83, 80 G

do. 4, 94, 10 bz

Posenische, neue 4, 102, 30 bz

Sächsische 4, 94, 00 bz

Schlesische 3, 83, 25 bz

do. alte A. u. C. 4, 84, 90 bz

do. A. u. C. 4, 4

Westpr. rittersch. 3, 83, 50 B

do. 4, 93, 75 B

do. II. Serie 4, 101, 00 bz

do. 5, 106, 50 bz

do. neue 4, 95, 00 bz

do. 4, 100, 40 bz B

Kontenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4, 96, 30 bz

Pommersche 4, 96, 00 bz

Posenische 4, 96, 00 B

Preußische 4, 96, 00 B

Rhein. u. Westfäl. 4, 98, 00 bz G

Sächsische 4, 97, 50 B

Schlesische 4, 96, 00 B

Souvereingens 20, 29 G

Napoleonsdor 16, 18 bz

do. 500 Gr.

Dollars

Imperials

do. 500 Gr.

Fremde Banknot.

do. einzöß. Leipz.

Frankj. Banknot.

Oesterl. Banknot.

do. Silbergulden

do. 4 Stücke

Russ. Noten 262, 20 bz

## Ausländische Bonds.

Amerik. Rieg. 1881 6, 104, 00 bz B

do. do. 1885 6, 98, 90 bz G

do. Bds. (fund.) 5, 99, 60 bz G

Norw. Ank. 4, 97, 90 bz

New-Yrk. Std.-A. 7, 102, 00 bz

do. Goldan 6, 100 bz

New Jersey 7, 92, 70 B

Dest. Pap. Rente 4, 60, 10 bz

do. Silb. Rente 4, 64, 40 bz

do. 250 fl. 1854 4, 107, 00 B

do. Cr. 100 fl. 1858 — 337, 50 bz G

do. Zott. A. v. 1860 5, 113, 50 bz

do. do. v. 1864 — 292, 00 G

Ung. St. Eisb. A. 5, 73, 40 bz

do. Loos 167, 00 B

do. Schles. 1, 6, 92, 50 bz

do. do. kleine 6, 92, 50 bz

do. do. 11, 6, 90, 75 bz

Italienische Rente 5, 71, 50 G

do. Tabak-Obl. 6, 100, 10 bz G

do. do. Actien 6, 498, 00 bz G

Rumäni. Obl. 4, 80, 25 bz

do. Centr. Bod. 5, 90, 50 bz

do. Engl. A. 1822 5, 100, 75 G

do. do. V. 1862 5, 98, 90 bz

Russ. Engl. Ank. 3, 182, 25 bz

Russ fund. A. 1870 5, 102, 00 G

Russ conf. A. 1871 5, 99, 40 bz

do. do. 1872 5, 99, 40 bz

do. do. 1873 5, 85, 50 bz

do. Bod. Credit 5, 189, 75 bz

do. Pr. A. 1864 5, 182, 25 bz B

do. do. v. 1866 5, 182, 25 bz B

do. 5. A. Stiegl. 5, 82, 10 B

do. 6. do. do. 5, 97, 30 bz

do. Pol. Sch. 4, 86, 30 G

do. do. kleine 4, 84, 00 bz

Poln. Pfdb. III. C. 4, 77, 25 bz G

do. do. 5, 67, 90 bz

Türk. Ank. v. 1865 5, 20, 00 bz G

do. do. v. 1869 6, 78, 00 bz G

do. Loos vollzog 3, 44, 70 bz B

## \*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.

do. 109 fl. 1 M.

do. 255, 10 bz

do. do. 3 M.

Paris 100 Fr. 8 T.

Vlg. Bpk. 100 fl. 8 T.

do. do. 100 fl. 8 T.

Bremen 20fl. L. 84, 50 bz B

Brem. Mdl. Pr. A. 3, 107, 90 bz

do. 118, 00 B

Goth. Pr.-Pfdbr. 5, 109, 40 bz

do. 105, 25 bz

do. Pr. A. 1866 3, 171, 00 bz

do. 172, 00 bz B

Medlb. Eisenb. 3, 90, 00 B

Meiningen Loos 20, 10 bz

do. Pr. Pfdbr. 4, 100, 50 bz

Oldenburg. Loos 3, 137, 50 B

D.G.-C.-B.-Pfd. 110, 5, 102, 60 bz

do. do. 4, 95, 25 bz

Dtsch. Hypoth. unf. 5, 100, 75 bz

do. do. 4, 95, 75 bz

Mein. Hyp.-Pfd. 5, 100, 00 G

Kr. Gr. 5, 101, 00 bz G

do. Hyp.-Pfdbr. 5, 101, 50 bz G

Pomm. G.-B.-Pfd. 120, 5, 104, 75 bz

do. II. V. rz. 110, 5, 101, 75 bz

Breslauer-Disc.-Bf. 4, 65, 50 bz G

## Deutsche Bonds.

W. A. 55, 100th. 3, 129, 25 bz

do. 255, 10 bz

do. Pr. A. v. 67 4, 120, 60 bz G

do. 35fl. Obligat. 141, 00 G

Bair. Präm. Ank. 4, 122, 75 bz

Breitw. 20fl. L. 84, 50 bz B

Brem. Mdl. Pr. A. 3, 107, 90 bz

do. 118, 00 B